

Mittwoch, 28. November 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

SPD lehnt Steinkohlekraftwerk in Lubmin ab

Greifswald (dpa) Der geplante Bau des Steinkohlekraftwerks in Lubmin bleibt innerhalb der SPD umstritten. Die Sozialdemokraten in Vorpommern bekräftigten gestern ihre ablehnende Haltung zum Bauvorhaben des dänischen Investors Dong Energy. Die Schaffung von Arbeitsplätzen dürfe nur im Einklang mit der Tourismuswirtschaft und dem sensiblen Greifswalder Bodden geschehen, erklärte der Vorsitzende der SPD-Regionalgruppe, Hans-Jürgen Höcker. Das Zwei-Milliarden-Euro-Projekt sei energiepolitisch, touristisch und landesentwicklungspolitisch falsch. Kraftwerke wie das geplante seien "energiepolitisch tiefste Steinzeit", sagte Höcker.

Mittwoch, 28. November 2007 | Hansestadt Greifswald

400 Besucher bei Anti-Kraftwerks-Podium im Dom

Ein volles Auditorium Montagabend im Dom. Das Thema Steinkohlekraftwerk lockte Hunderte in die größte Greifswalder Kirche zu einer Podiums- und Publikumsdiskussion.

Innenstadt. "Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin" - diese Botschaft wurde Montagabend im Dom St. Nikolai nachdrucksvoll vermittelt, denn 400 Gäste waren aus diesem Anlass ins Gotteshaus gekommen.

In deren Podium hatten gleich sechs Kraftwerksgegener Platz genommen - vom Arzt bis zum Umweltethiker. Sie legten zunächst in Kurzvorträgen ihre Argumente dar. Ziel der Veranstaltung, die die Bürgerinitiativen "Kein Kohlekraftwerk Lubmin e.V." und "Zukunft Lubminer Heide" initiiert hatten, war es, möglichst viele Bürger zu animieren, schriftliche Einwendungen gegen das geplante Kraftwerk zu formulieren. Dazu gibt es morgen einen so genannten Einwendetag. 14 bis 19.30 Uhr stehen im Saal der Domgemeinde Fachleute Bürgern zur Seite. Am Ende der Veranstaltung, die vom 2. dänischen Staatsfernsehen aufgezeichnet wurde, fanden sich einige Bürgerinnen und Bürger zusammen. Sie wollen am 17. Dezember die "Bürgerinitiative Greifswald gegen das Steinkohlekraftwerk Lubmin" gründen. Die Veranstaltung selber sollte im eiskalten Dom vor allem eines: mobilisieren. Im wahrsten Wortsinn wurde Dampf gemacht gegen die Zwei-Milliarden-Investition des dänischen Staatskonzerns Dong Energy, auch wenn das an den Temperaturen im Kirchenschiff nichts änderte. Mit Sachargumenten, Fragen, aber auch emotionalen Rundumschlägen näherte man sich dem Thema. Ihr Fett weg bekamen Frau Merkel ebenso wie der Ministerpräsident, der OB und natürlich Dong Energy. Sehr sachlich argumentierte Umweltethiker Prof. Konrad Ott. Er wiederholte sein Argument, dass mit dem Lubminer Kraftwerk die Emissionsprofile für die nächsten 40 Jahre festgelegt würden. Der Alternativ-Nobelpreisträger Prof. Michael Succow flocht ein, dass er vor allem ein Problem damit habe, dass in Lubmin künftig viel zu viel Wärme produziert würde, die niemand brauche und die stattdessen ungenutzt in den Bodden abgeleitet würde. Das verdeutlichte auch der Biologe Dr. Günther Vater aus Lubmin. Er prophezeite dem Gewässer nicht nur einen Temperaturanstieg von rund zwei Grad, sondern auch den Tod vieler Lebensgemeinschaften. Für Horst Thieme, ehemaliger Haupttechnologe im Kernkraftwerk, steht indes fest: Kommt das Steinkohlekraftwerk, haben wir in fünf bis zehn Jahren einen schwarzen Chemiestandort. "Leuna, Buna, und Schwarze Pumpe", so der Podiumsgast wörtlich, "wären endlich angekommen". Als Alternative schlug er Lubmin als Standort der Kernfusion vor. Wohlwissend, dass hier seit Jahren alle Messen namens ITER gesungen sind. Dr. Klaus Kühnemann, Lubmins Bürgermeister warb indes für einen Kompromiss. "Kein Steinkohlekraftwerk!" Dafür, so der Kommunalpolitiker, müsste es einen Energiemix aus einem Gaskraftwerk für Spitzenlastzeiten und anderen alternativen Quellen geben. Beinem Gaskraftwerk, so der Bürgermeister, hätte allerdings der mit Landesfördermitteln errichtete Hafen seine Berechtigung verloren, sagte er und meinte, dass dies ein großes Problem für die Landesregierung sei. Von Dong Energy war offenbar kein Vertreter eingeladen, obwohl ausdrücklich Fragen der Gäste erwünscht waren und zahlreich in Richtung Dong gestellt wurden. Die bemühte sich das Podium zu beantworten. Aus der Sicht des Kraftwerks-Gegners. RA

Mittwoch, 28. November 2007 | Hansestadt Greifswald

OZ meint

Tolle Veranstaltung, aber

400 Leute Montagabend im Dom. Das Thema Steinkohlekraftwerk bewegt die Menschen offenbar wie kein zweites. Deshalb ist es gut, derartige Veranstaltungen zu organisieren. Denn die Bürger haben ein Recht darauf, informiert zu werden und Informationen einholen zu können. Besser wäre allerdings gewesen, auch einen Vertreter des Investors einzuladen, damit er hätte auf die vielen Fragen und vorgetragenen Sorgen sachkundig Antwort geben können. Ansonsten setzt man sich schnell dem Vorwurf aus, Ängst bewusst provozieren zu wollen. Manch Podiumsteilnehmer nutzte die Gunst der Stunde, was der Veranstaltung leider schadete. ra

Mittwoch, 28. November 2007 | Anklam

Weiterer Protest gegen Kraftwerk

Ostvorpommern. Mit einer an den Wirtschaftsminister des Landes adressierten und bereits mit Text versehenen Postkarte kann jedermann derzeit gegen den geplanten Bau des Steinkohlekraftwerks in der Lubminer Heide protestieren. Weil die Postkarten der ersten Auflage in kürzester Zeit vergriffen waren, wurden sie nun nachgedruckt und sind wieder beim Landesverband BUND in 19053 Schwerin, Zum Bahnhof 20 oder unter ☐ 0385/56 54 70 erhältlich. Anfragen zu den Postkarten kämen aus ganz Deutschland. Viele Anrufer hätten angekündigt, bei Realisierung des Steinkohlekraftwerkes die ostvorpommersche Küste als Reiseziel nicht mehr anzusteuern.

Pressemitteilung vom 26. November 2007

Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg klimaschädlich und unwirtschaftlich / BUND-Studie zu Alternativen

Berlin: Bei einem Verzicht auf den Neubau des geplanten Kohlekraftwerks in Hamburg-Moorburg lassen sich unter Ausnutzung aller Alternativen wie der Steigerung der Energieeffizienz, dem Ausbau erneuerbarer Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung und des Einsatzes von Erdgas die CO₂-Emissionen bis 2030 um bis zu 80 Prozent verringern. Außerdem sparen Wirtschaft und Landeshaushalt ab dann bis zu 500 Millionen Euro jährlich. Würden die CO₂-Emissionsrechte wie diskutiert ab 2013 vollständig versteigert, rutscht das Steinkohlekraftwerk völlig in die Unwirtschaftlichkeit. Aufgrund der geringeren Investitionskosten ist spätestens dann ein mit Erdgas befeuertes Gas- und Dampfkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung wesentlich wirtschaftlicher als die geplante Kohleanlage.

Dies sind die Ergebnisse einer vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Auftrag gegebenen Studie des Heidelberger Ifeu- sowie des Hamburger Arrhenius-Instituts. Die Experten fanden auch heraus, dass eine kürzlich zwischen dem Hamburger Senat und Vattenfall geschlossene Vereinbarung über die Teilmodernisierung der Moorburger Anlage an der negativen Klimabilanz des Kraftwerks wenig ändert. Selbst mit dieser sogenannten "optimierten Wärmeauskopplung" verursacht das Moorburger Kraftwerk pro erzeugte Kilowattstunde Strom noch rund 800 Gramm Kohlendioxid.

Entscheidende Emissionsminderungen ließen sich nur erzielen, wenn statt des Brennstoffs Kohle das umweltfreundlichere Erdgas eingesetzt werden würde. Bei optimierter Wärmenutzung lassen sich die spezifischen Emissionen gegenüber einer kohlebefeuerten Anlage damit um etwa zwei Drittel verringern. Das Kohlekraftwerk Moorburg würde während einer geplanten "Lebensdauer" von rund 40 Jahren jährlich etwa 10 Millionen Tonnen CO₂ emittieren. Allein aus diesem Kraftwerk entfielen damit auf jeden Einwohner Hamburgs jährliche Pro-Kopf-Emissionen von nahezu sechs Tonnen. Die von der Bundesregierung geplante drastische Senkung der spezifischen Pro-Kopf-Emissionen wäre somit bezogen auf Hamburg obsolet.

Manfred Braasch, BUND-Landesgeschäftsführer: "Hamburg kann in Sachen Klimaschutz nur dann vorankommen, wenn das Kohlekraftwerk Moorburg nicht gebaut wird. Auch Bürgermeister Ole von Beust muss endlich begreifen, dass es nicht nur klimafreundlicher sondern auf lange Sicht auch kostengünstiger ist, wenn er die Vattenfall-Pläne stoppt."

Dem BUND zufolge planen die Energiekonzerne derzeit deutschlandweit mindestens 25 neue Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von insgesamt rund 25000 Megawatt. Alle zusammen würden jährlich rund 145 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen. Zum Erreichen des Ziels, bis 2050 die CO₂-Emissionen um 80 Prozent zu vermindern, dürfte der gesamte Energiesektor dann aber nur noch rund 85 Millionen Tonnen CO₂ verursachen. Das Beispiel Hamburg-Moorburg zeige, dass die Planung neuer Großkraftwerke auf Kohlebasis ein Erreichen der deutschen Klimaschutzziele unmöglich mache.

Gerhard Timm, BUND-Geschäftsführer: "Offensichtlich hofft Vattenfall auf schwache Klimaschutzvorgaben seitens der Bundesregierung. Denn nur dann rechnet sich die Kohleverstromung in Großkraftwerken überhaupt noch. Gerade hat der IPCC-Weltklimarat aufgerufen, die Treibhausgase drastisch zu senken. Die Bundesregierung steht nun in der Pflicht, jenen Energiekonzernen in den Arm zu fallen, die das Klimaproblem ignorieren und ineffiziente Kohlekraftwerke bauen wollen. Absolut erforderlich ist es, ab 2013 alle CO₂-Emissionszertifikate zu versteigern."

Eine Kurzfassung der "Moorburg-Alternativstudie" finden Sie im Internet unter:

http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/20071126_energie_kohlekraftwerk_hamburg_studie_kurzfassung.pdf

Die Langfassung der "Moorburg-Alternativstudie" unter:

http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/20071126_energie_kohlekraftwerk_hamburg_studie.pdf

Pressekontakt: Gerhard Timm, Bundesgeschäftsführer des BUND, Mobil: 0170-4042897; Thorben Becker, BUND-Energieexperte, Tel. 030-27586-421, Mobil: 0171-6065225 bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressestelle, Tel. 030-27586-425/489, Fax: -449, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Freitag, 23. November 2007 | Insel Usedom links

DONG Energy:

Jetzt haben Behörden zu prüfen

Ostvorpommern. „Wir sind uns sehr sicher, dass unser Kraftwerk technisch genehmigungsfähig ist.“ Dies stellte Albert Uwe Schön, Generalbevollmächtigter der DONG Energy Kraftwerke Greifswald Verwaltungs GmbH, am Abend vor dem Kreis-Umweltausschuss klar. Laut Schön hätten unabhängige Gutachter nachgewiesen, dass der ab 2012 bei Lubmin geplante Steinkohlekraftwerksbetrieb weder den Seebadstatus gefährde noch eine Erwärmung des Boddens verursache, die stärker wäre, als zu KKW-Zeiten. „Dies haben Gutachter berechnet. Die Behörden müssen dies nun prüfen.“ Während Ausschusschef Dieter Markhoff (CDU) die Pläne von DONG befürwortete, äußerte sich Karin Kasper (SPD) kritisch. Sie plädierte dafür, an bestehenden Energiestandorten neue Kraftwerke zu bauen. Erhard Storch (SPD) möchte, dass bei der Wahl der im Gegenzug zum Kraftwerksbau fälligen Ausgleichsmaßnahmen „die Basis mitbestimmen darf“. Am Bau selbst sei nicht mehr zu rütteln. „Darüber ist längst entschieden“, so Storch.T. S.

Wochenendausgabe, 24. November 2007 | Titelseite Rügen

Unterschriften vom Bündnis gegen Kraftwerk

Putbus. Die Wählergemeinschaft Bündnis für Rügen (BfR) ist gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin und hat dafür auf der jüngsten Mitgliederversammlung in Putbus Unterschriften gesammelt. BfR-Mitglieder trugen sich in ausgelegte Listen ein und wollen so Bürgerinitiativen und die Aktivitäten der Kommunen, der DEHOGA und des Tourismusverbandes unterstützen, mit denen der Verzicht der Landesregierung auf das geplante Energieprojekt erreicht werden soll. Hauptargumente des Bündnisses gegen das Projekt sind seine Unvereinbarkeit mit der Zielstellung des Landes, MV zum Gesundheitsland zu entwickeln, ein zu erwartender Imageschaden für den Tourismus auf Usedom und Rügen, negative Auswirkungen auf die Sicherheit im Schiffsverkehr auf der Ostsee sowie Beeinträchtigungen des Klimas und der Wasserqualität im Greifswalder Bodden. Zudem ruft das Bündnis besorgte Bürger auf, von der Möglichkeit einer förmlichen Einwendungen gegen das Kohlekraftwerk Gebrauch zu machen.

Donnerstag, 22. November 2007 | Insel Usedom links

Widerstand gegen Kraftwerkspläne in der Region nimmt zu, auch Zinnowitz wehrt sich

Der gesamte Insel-norden, aber auch Heringsdorf lehnen den Kohlemeiler ab. Der Tourismus- verband will am 8.12. Klartext reden.

Wolgast/Insel Usedom. Nach Heringsdorf als größter Inselgemeinde, Karlshagen, Trassenheide und in der Vorwoche Peenemünde sagt nun auch Zinnowitz als Kommune laut und vernehmlich „Nein“ zu den dänischen Kraftwerksplänen am Greifswalder Bodden. Dienstagabend folgten – bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen – fünf Abgeordnete der ablehnenden Beschlussvorlage der Linkspartei. Schäden für Umwelt, Tourismus und Joblandschaft wurden als Gefahren ins Feld geführt, allerdings bezeichnete Wolfgang Bordel (Usedomer Ring) den Vorschlag, das Kohlekraftwerk möglichst an einen „unschädlicheren“ Standort verschieben zu lassen, als etwas heuchlerisch. Von der Zuhörerschaft wurde die Entscheidung mit Beifall aufgenommen. In Trassenheide hatte jüngst Dr. Martin Grunze von der Dünenwaldklinik vor allem gesundheitliche Aspekte für das Votum gegen den Kohlemeiler ins Feld geführt.

Zurückhaltender in der Meinungsbildung war man dagegen bislang auf dem Festland. Weder die Wolgaster, noch die Lassaner Stadtvertreter haben schon eine Position bekundet. Aber sowohl Gisela Kretschmer als auch Heino Repkowski versicherten, dass das Thema „demnächst“ auf die Agenda beider Parlamente käme.

Ihr Veto gegen die Pläne von Dong Energy erheben derzeit auch immer mehr kirchliche Kreise. Am Wochenende äußerten zunächst der pommersche Bischof und die Synode ihre ablehnende Haltung (OZ berichte), dem sich dann auch die Kirchgemeinde Karlshagen/Krummin anschloss. „Versündigt euch nicht an Gott und den Menschen“ lautete die Botschaft des Regenbogentages zur Bewahrung der Schöpfung.

Nach wie vor offen ist die Haltung des Usedomer Tourismusverbandes. „Wir warten noch auf das komplette Tourismusverträglichkeitsgutachten, das Anfang Dezember öffentlich vorgestellt wird“, sagte gestern Dietmar Gutsche. Der Vorstand werde danach eine Stellungnahme als Beschlussvorschlag für den Tourismustag am 8. Dezember vorbereiten. „Dann fällt die Entscheidung demokratisch“, so der Kurdirektor der Kaiserbäder.

Bei Dong Energy verfolgt man die öffentlichen Stellungnahmen der Gemeinden natürlich aufmerksam, versichert Michael Deutschbein von der Beratungsfirma Scholz & Friends in Hamburg. „Die Meinung der Menschen ist uns wichtig“, sagt er, verweist aber auch auf exakte Informationen zur Entscheidungsfindung. Dong biete sie im Lubminer Büro und unter www.kraftwerkegreifswald.de. Außerdem habe man ein Newslettersystem zu allen relevanten Sachthemen installiert.

STEFFEN ADLER

Dienstag, 20. November 2007 | Ostvorpommern

Bürger protestieren gegen Küstenwald-Rodung

Lubminer Heide. Zwei Wochen nach den ersten Baumfällungen im Küstenwald zwischen dem Seebad Lubmin und den Energiewerken Nord regt sich zunehmend Protest. Nicht nur Lubminer Bürger beklagen das Ausmaß der Rodungen. Die Lubminer Bürgerinitiative spricht gar von Zerstörung des 80-jährigen Waldes.

Seit Anfang November wird westlich des ehemaligen Kernkraftwerkes im Auftrag des Zweckverbandes Freesendorf eine etwa 60 Meter breite Schneise in den Wald geschlagen. Für ein Gleis, das vom neuen Hafen in der Lubminer Heide zum vorhandenen Schienenstrang Richtung Greifswald führen soll. Insgesamt 19,2 Hektar Wald sollen dafür fallen.

Aus Sicht der Bürgerinitiative nur der „Auftakt für weitere Rodungen zur Schaffung der Voraussetzungen für die geplanten Industrieansiedlungen“. Durch die derzeitigen Rodungen und folgende würden nachhaltige ökologische Veränderungen eingeleitet, heißt es in einer Stellungnahme. Negative Auswirkungen auf die Lebensqualität und den Gesundheitstourismus seien programmiert.

Die Fällung erfolge, obwohl sich die Gemeinde Lubmin, die Mehrheit ihrer Bürger und viele Urlauber dagegen ausgesprochen hätten, beklagt die BI. Sie selbst stritt seit sieben Jahren für die Erhaltung des Küstenwaldes. Die Seebadgemeinde Lubmin will noch 2007 den „Zweckverband Lubminer Heide“ verlassen, um die Planungshoheit auf dem Territorium der Kommune (über 90 % der Fläche für Industriebvorhaben in der Lubminer Heide) zurück zu bekommen.

Mittwoch, 21. November 2007 | Anklam

Kraftwerk teilt Meinungen der Krösliner

Die öffentliche Einwendungsfrist gegen den geplanten Steinkohlekraftwerksbau endet ganz offiziell am Nikolaustag.

Kröslin/Lubmin. „Keine Einwände, Hinweise und Bedenken“ hatten am Montagabend fünf von sechs der anwesenden Krösliner Gemeinderatsmitglieder gegen die dritte und vierte Änderung des Bebauungsplanes Lubminer Heide. Sie verabschiedeten damit für die Bürger der Gemeinde Kröslin das Einverständnis, die ursprünglichen Festsetzungen des Plans – wie zum Beispiel die Begrenzung der Gebäudehöhen – den wirtschaftlichen Bedürfnissen der dänischen Firma DONG Energy, die das Steinkohlekraftwerk am Greifswalder Bodden derzeit plant, anzupassen.

„Die Frist für Einwendungen zur B-Plan-Änderung ist ohnehin vor fünf Tagen bereits abgelaufen“, kritisierte dagegen Gemeinderatsmitglied Volker John die Vorgehensweise im Gemeinderat. „Wie sollten wir da Einwendungen hervorbringen?“, lautete seine scharfe Frage. Der Konter: „Die Beschlussvorschläge lagen vor“, verteidigt Bürgermeister Wolfgang Woy (CDU). Und wieder retour: „Eine zu eng bemessene Terminsetzung“, fügt John – verärgert – auf die Feststellung an.

Auch unter den Bürgern der Gemeinde mehren sich die Stimmen derjenigen, die ihre demokratischen Interessen von der Gemeindevertretung in der aktuellen Vorgehensweise nicht gewahrt sehen. „Die gesamte Informationsvermittlung ist mir zu sehr im Verborgenen“, findet zum Beispiel Alexander Kühn aus Kröslin, der sich durch Internet und Presse besser informiert fühlt, als direkt an einem jener Orte, die von den Auswirkungen direkt betroffen sein werden. „Ich werde jetzt die Möglichkeit nutzen, die noch bis Donnerstag im Amt Lubmin ausliegenden Dong-Akten einzusehen.“ Derzeit wird die Einhaltung des Immissionsschutzgesetzes geprüft. „Jeder, der Einwände gegen den Kraftwerksbau hat, kann sie jetzt vorbringen“, informiert in diesem Zusammenhang Michael Voitacha von der Bürgerinitiative Kein Steinkohlekraftwerk, denn noch bis Nikolaus läuft der öffentliche Teil des Genehmigungsverfahrens.

Eine Einwendung kann jeder schreiben, der von seinem demokratischen Recht der Mitbestimmung Gebrauch machen will. Er schildert darin seine persönlichen Vorbehalte gegen das Kraftwerk. Die können von Bedenken gesundheitlicher Art bis zu befürchteten Negativauswirkungen seines Grundstückspreises reichen. Die Einwendung muss allerdings gewisse formaljuristische Anforderungen erfüllen und – vor allen Dingen – fristgerecht im Amt Lubmin eingehen.

CHRISTINE SENKBEIL

Leserbrief von Walter Dressel aus Lubmin | 21.11.2007 12:52 Uhr

Merkel wirbt für Kohlekraftwerk - offener Brief

An die

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Willy-Brandt-Str. 1

10557 Berlin

Offener Brief

Kohlekraftwerk Lubmin

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

□ Von der geplanten Anlage werden unter Berücksichtigung der vorgesehenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, das Oberflächenwasser und die Landschaft erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen ausgehen.

Ausgleichsmaßnahmen sind wegen der fehlenden Verfügbarkeit von Maßnahmenflächen im räumlichen Zusammenhang nicht durchführbar."

Diese Aussage stammt nicht von irgendwelchen Ökofreaks sondern aus einer Infobroschüre von Dong energy.

(Kraftwerke Greifswald; Kurzdarstellung des Vorhabens. Oktober 2007 S17).

Allgemeinverständlich: Das geplante Kraftwerk wird das bestehende Ökosystem an den und in den Boddengewässern zerstören.

Sie stellen sich (Zitat Ostseezeitung vom 19. 11. 2007) "Mit aller Macht hinter die Zwei-Milliarden-Euro-Investition" von Dong energy.

Das kann man natürlich. Man wird dann allerdings unglaublich, wenn man da, wo eigene Entscheidungen nicht gefordert werden, in Indien etwa, von "Bewahrung der Schöpfung" redet. Sonntagsreden irgendwo in der Welt zu halten für unbedingt nötige Anstrengungen zur Vermeidung von Umweltzerstörung, zuhause aber für die Zerstörung letzter noch intakter Ökosysteme zu plädieren, ist entlarvend. Und der Satz, es würden "keine Kohle-Stücke die Strände verschmutzen" ist leicht dahingesagt. Solche lockeren Sprüche zeigen, wie wenig ernst die Sorgen der Menschen genommen werden, deren Existenz durch die Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs bedroht ist. Wie man tatsächlich Schöpfung bewahrt, Klimakatastrophen vermeidet und unser aller Lebensgrundlagen erhält, lässt sich kaum besser sagen als mit dem Wort "global denken - lokal handeln". Täten das alle, wären viele Probleme lösbar. Natürlich darf man den Spruch nicht uminterpretieren zu "weltweit Sprüche klopfen - zuhause weiterwursteln".

Dann sind da noch die Dauerarbeitsplätze. 150 will Dong energy schaffen. Wieviele im Gesundheits- und Wellnessland, Ihrem Land Mecklenburg-Vorpommern, im Tourismus, in der Bio-Landwirtschaft und der Fischerei verloren gehen, hat noch niemand veröffentlicht. Die Bilanz dürfte negativ sein, der Arbeitsplatzverlust vor allem die einheimische Bevölkerung treffen. Auch dieses Problem wäre gelöst, wollte man tatsächlich alte Kraftwerke durch neue, umweltfreundlichere ersetzen. Am Standort der alten.

Bleibt die Frage, warum Sie sich "mit aller Macht" für den Bau des Kohlekraftwerkes bei Lubmin einsetzen. Ich finde keine Antwort, die nicht beschämend wäre.

Mit freundlichen Grüßen

Leserbrief von Michael Spiller aus Greifswald | 20.11.2007 09:49 Uhr

Zu: OZ vom 17.11.2007, S. 6: Entscheidung in Binz:

Wirtschaftsminister Jürgen Seidel behauptet, daß die deutschen Umweltschutzgesetze die strengsten der Welt sind. Weshalb darf dann in Lubmin ein Steinkohlekraftwerk gebaut werden, das in Dänemark nicht mehr genehmigungsfähig ist und in wenigen Jahren so auch hier nicht mehr errichtet werden dürfte?

Bei der Diskussion über die Gesundheitsgefährdung durch das geplante Kohlekraftwerk in Lubmin müssen auch die Abgase der Schiffe berücksichtigt werden, die beim Kohletransport entstehen. Durch die Verbrennung des Schweröls entstehen große Mengen an Ruß, unverbrannten Kohlenwasserstoffen, Stickstoff- und Schwefelverbindungen. Schweröl enthält das Mehrtausendfache an Schwefel als Diesel für PKW. Ein Anstieg der Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen ist zu befürchten. Ein Todesurteil für den Tourismus in der Region und ein Abwanderungsgrund für die Einheimischen.

Leserbrief von Ekkehard Rother aus Koserow | 20.11.2007 15:02 Uhr

Merkel wirbt für Kohlekraftwerk Lubmin OZ vom 4.11

Es ist schon enttäuschend, wenn die Gralshüterin des Klimaschutzes so vehement für ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin eintritt. Besonders beeindruckend für eine Physikerin sind solche Passagen wie "durch das Kraftwerk werde kein schmutziges Wasser in die Ostsee kommen oder es würden keine Kohlestücke die Strände verschmutzen" (wenn durch die Zeitung richtig wiedergegeben).

Die Belastung durch die notwendigen Schiffstransporte für Kohle(aus Australien) und Schlacke mit ihren umweltschädlichen Auswirkungen scheinen nicht bekannt zu sein (Studie über Lungenkrebsverursachung in den Küstengebieten durch Schiffsabgase der Universität Delaware; Ausmaß der Treibhausgasemissionen). Vielleicht erkundigt man sich einmal z.B. in Travemünde über die Probleme mit den Abgasen der Schiffe im Zusammenhang

mit dem Gesundheits- und Erholungsstatus der Küstenorte.

Die Boddenerwärmung spielt scheinbar auch keine Rolle, z. B. die Zunahme der Menge an Algen und Quallen. Wenn schon unbedingt ein Kraftwerk nach Lubmin gebaut werden muss, warum dann kein GuD-Kraftwerk, bei dem der Wirkungsgrad annähernd 20% höher liegt als beim Kohlekraftwerk; und wir wissen, dass so enorme Mengen an Kohlendioxid für die gleiche Leistung eingespart werden würden.

Beschäftigung lässt sich gewiss mit anderen Industrieansiedlungen z.B. der Metallindustrie im umfangreicheren Maße erreichen als mit einem Kohlekraftwerk und ohne dessen negative Auswirkungen auf die Umwelt und den Tourismus.

Aber vielleicht liegt das Problem gar nicht primär im „Energiebedarf“ unseres Bundeslandes, sondern im Industriehafen Lubmin.

Alles in allem kein guter Dienst der Kanzlerin für unser Land und die nunmehr umgestimmte Landes-CDU.

Leserbrief von Michael Spiller aus Greifswald | 20.11.2007 09:49 Uhr

Zu: OZ vom 17.11.2007, S. 6: Entscheidung in Binz:

Wirtschaftsminister Jürgen Seidel behauptet, daß die deutschen Umweltschutzgesetze die strengsten der Welt sind. Weshalb darf dann in Lubmin ein Steinkohlekraftwerk gebaut werden, das in Dänemark nicht mehr genehmigungsfähig ist und in wenigen Jahren so auch hier nicht mehr errichtet werden dürfte?

Bei der Diskussion über die Gesundheitsgefährdung durch das geplante Kohlekraftwerk in Lubmin müssen auch die Abgase der Schiffe berücksichtigt werden, die beim Kohletransport entstehen. Durch die Verbrennung des Schweröls entstehen große Mengen an Ruß, unverbrannten Kohlenwasserstoffen, Stickstoff- und Schwefelverbindungen. Schweröl enthält das Mehrtausendfache an Schwefel als Diesel für PKW. Ein Anstieg der Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen ist zu befürchten. Ein Todesurteil für den Tourismus in der Region und ein Abwanderungsgrund für die Einheimischen.

Thomas Möller aus der Hafestraße schreibt zum Steinkohlekraftwerk (OZ vom 29.11.):

Meine ausdrückliche Hochachtung vor Hinrich Kuessner. Seine Forderung nach einer Volksbefragung zum Steinkohlekraftwerk trifft den Nerv der überwiegenden Mehrheit der hier lebenden Menschen. Sie sind es in der Tat leid, dass Entscheidungen dieser Art über ihre Köpfe hinweg erfolgen. Sie nämlich sind es, die hier leben wollen, **ohne gesundheitliche Schäden davonzutragen. Und diese sind unbestritten zu erwarten, wenn jährlich hunderte Kilo Quecksilber und Arsen über der Region niedergehen.** Ein Zusammenschluss von nunmehr bereits 450 Ärzten des Saarlandes hat in eindringlichen Appellen die Politik vor dem Bau gesundheitsschädigender Kohlekraftwerke gewarnt und an Hand von Daten und Fakten auf verschiedene Krankheitsbilder und Risiken hingewiesen. Anders als hier, hat die Politik dort allerdings reagiert und sieht von den beabsichtigten Plänen ab. Auch, oder gerade deshalb, weil es massive Proteste der Bevölkerung gab. Es mutet schon etwas makaber an, wenn Till Backhaus „Bäume gegen dicke Luft“ pflanzt, gleichzeitig aber das Abholzen von über 170 ha Küstenwald genehmigt und den Bau des Kraftwerks unterstützt. Bei einer Investition von zwei Milliarden Euro bleibt die Bilanz mit 140 Arbeitsplätzen zudem außerordentlich karg.

Eberhard Meißner aus Dersekow äußert sich ebenfalls zum Steinkohlekraftwerk:

Wie Schön mitteilte, bestehe kein Zwang, die Ausgleichsmaßnahmen in Ostvorpommern vorzunehmen. Gelingen der Ankauf der benötigten Flächen nicht, „können wir auch woanders ausgleichen“. Dann soll DONG auch gleich ganz abziehen und wo anders bauen und ausgleichen. Am besten in Dänemark.

Volksbefragung (Leserbrief an OZ 2.12.07)

Der Vorschlag von Eberhard Meissner aus Dersekow: "dann soll DONG auch gleich ganz abziehen und woanders bauen .. am besten in Dänemark" ist nicht durchführbar. Der Bau von Steinkohlekraftwerken dieser Bauart und Größe ist in Dänemark seit Jahren nicht mehr zulässig - aus Umwelt- und Gesundheitsgründen. Wenn unsere Politiker behaupten, daß die von ihnen vertretene Bevölkerung das

Kohlekraftwerk in Lubmin wünscht, dann ist es beste demokratische Tradition, sich dies durch eine Volksbefragung bestätigen zu lassen.

Rüdiger Thomson

URL: http://www.welt.de/wirtschaft/article1419792/Kohlekraft_Nein_Danke.html

Die Welt

01.12.2007, 23:48 Uhr

"Kohlekraft? Nein Danke"

Sticker der Atomkraftgegner waren in den 70er - 80er Jahren überall präsent. Nun machen Bürgerinitiativen gegen Kohlekraftwerke mobil. Im Saarland feiern die Aktivisten ihren ersten Erfolg gegen den Energiekonzern RWE. Doch Kohlekraftwerke sind nicht leicht zu ersetzen.

Es war am Mittwoch, als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in einer Rede vor dem Bundestag ungewöhnlich weit vom Thema abdriftete. Eigentlich erwarteten die Abgeordneten während der haushaltspolitischen Debatte vor allem Aussagen zur Finanzlage der öffentlichen Kassen. Doch die Regierungschefin hatte minutenlang statt Geld nur Kohle im Sinn: Sie verfolge mit einer gewissen Sorge, welche Formen der Energieversorgung derzeit auf den Prüfstand kommen, warnte Merkel. Verantwortlich für die Sorgen der Kanzlerin ist eine saarländische Gemeinde mit 6700 Einwohnern. 70 Prozent der Wahlberechtigten stimmten in einer Bürgerbefragung gegen ein neues 1600-Megawatt-Kraftwerk des Energiekonzerns RWE. Ensdorf hat gute Chancen, ein symbolträchtiger Name zu werden, so wie es Brokdorf für die Anti-Atomkraft-Bewegung war. Denn Ensdorf steht nicht allein: Neun neue Kohlekraftwerke sind bis zum Jahr 2012 fest geplant, bis zum Jahr 2020 sind es mindestens 25. Gegen nahezu alle Meiler regt sich heftiger Widerstand. Die Anti-Atomkraft-Bewegung der 70er- und 80er-Jahre lebt derzeit als deutschlandweite Anti-Kohle-Bewegung in Dutzenden Städten und Gemeinden wieder auf.

Kohlekraftwerk Ensdorf: RWE hatte hier Großes vor. Dass ein Zwei-Milliarden-Euro-Projekt mitten im Kohlerevier nicht gegen die Umweltbedenken einer kleinen Gemeinde durchgesetzt werden kann, gab Merkel Anlass, vor dem Bundestag Tacheles zu reden: Mit mir wird es das nicht geben, dass man überall in Europa Kohlekraftwerke baut, in Deutschland die Kernkraftwerke abschaltet und anschließend sich dann wundert, dass wir kein Energieerzeugerland mehr sind. Ist die größte Industrienation Europas bald auf Strom aus dem Ausland angewiesen? Den Bürgerinitiativen an Kraftwerksstandorten wie Bielefeld und Hanau ist diese Aussicht egal. Die Anti-Kohle-Allianz hat Anhänger in allen Parteien. So haben sich in Krefeld am Niederrhein gerade erst CDU, SPD und Grüne gemeinsam gegen den Bau einer 800-Megawatt-Anlage ausgesprochen.

Ein Drittel der schmutzigsten EU-Kohlekraftwerke stehen in Deutschland

Nicht ganz zu Unrecht halten Umweltaktivisten der Bundesregierung vor, dass sie ihre anspruchsvollen Klimaschutzziele kaum entsprechende Taten folgen lässt. So kritisiert Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) zwar gern den Neubau von Kohlekraftwerken, sorgte aber nach Ansicht von Umweltschützern zuvor selbst für eine zu üppige Ausstattung der Kraftwerksbetreiber mit Emissionsgutscheinen. Der Preis der an der Börse handelbaren Verschmutzungsrechte ist in der Rechnung der Energiekonzerne entscheidend, wenn es um den Bau neuer Kohlekraftwerke geht.

Nach einer Studie des Ökoinstituts für die Umweltstiftung WWF stehen deshalb noch immer zehn der dreißig schmutzigsten EU-Kohlekraftwerke in Deutschland. Die Daten unterstreichen, dass EU-Umweltkommissar Stavros Dimas mit seiner Kritik an Deutschlands Energiepolitik absolut richtig liegt, sagt Regine Günther, Leiterin des Bereichs Klimapolitik beim WWF Deutschland. Dimas hatte Deutschland vor dem Bau neuer Kohlekraftwerke gewarnt.

Jetzt mobilisieren die Kohlekraftgegner für den 8. Dezember eine Demonstration am RWE-Standort in Neurath, wo ein neues Braunkohlekraftwerk gebaut werden soll. Das wird die Geburtsstunde einer neuen Bewegung, freut sich Demo-Koordinator Dirk Jansen aus Düsseldorf. Mehrere Tausend Aktivisten hätten sich bereits angekündigt. Wir werden eine Massenbewegung.

Beim Versorger RWE herrscht Ratlosigkeit. Es sei bedauerlich, dass der moderne Betrieb in Neurath auf

so wenig Akzeptanz stoße, sagt ein RWE-Sprecher. Die beiden neuen Blöcke sparen im Vergleich zu vergleichbaren Altanlagen sechs Millionen Tonnen CO₂. Doch diese Argumente verfangen nicht.

Kraftwerksgegner gegen Modernisierung

Auch nicht im Osten des Landes. Dort überlegt der Energiekonzern Vattenfall, das einzige Braunkohlekraftwerk Berlins durch ein umweltfreundlicheres Steinkohleaggregat zu ersetzen. Doch der 1926 gebaute Kraftwerks-Methusalem im Ortsteil Klingenberg wird wohl noch ein paar Jahre weiter am Netz bleiben: Eine Bürgerinitiative Nein zum Kohlekraftwerk macht mit viel Rückendeckung aus der Landespolitik Front gegen den Neubauplan: Wir verstehen das als eine Kampfansage an den Klimaschutz und an Berlin, wettet ein Sprecher der Bürgerinitiative.

Dass die Kohlendioxidemissionen Berlins selbst nach dem Bau des viel größeren Ersatzkraftwerks auf Steinkohlebasis weit unter den Werten des Jahres 1990 liegen würden, ficht die Protestler nicht an. Auch nicht die Tatsache, dass die umweltfreundliche Fernwärmeversorgung der gesamten östlichen Stadthälfte von eben diesem Kraftwerk Klingenberg abhängt. Profitinteressen werden über das Allgemeinwohl gestellt, schimpfen unbeirrt die Kraftwerksgegner. Es ist fast unmöglich, da mit Argumenten durchzudringen, seufzt ein Vattenfall-Sprecher.

Auch in Hamburg-Moorburg ist Vattenfall mit Protesten konfrontiert. Der Herausforderer von Bürgermeister Ole von Beust (CDU), der frühere Kulturstatsminister Michael Naumann (SPD), plädierte im Bürgerschaftswahlkampf für den Bau eines kleineren Gaskraftwerks als Alternative zum geplanten Steinkohle-Block. Die Gefahr steigender Gas- und damit Strompreise blendet Naumann schlankerhand aus. Und auch der Klimaschutzexperte der CDU, Rüdiger Kruse, findet: Das Kraftwerk passt nicht in die Zeit.

Kohlekraft nicht leicht zu ersetzen

Dabei wird rund um Hamburg bereits der Atomausstieg Wirklichkeit: Die Kernkraftwerke in Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf sollen 2009, 2016 und 2019 vom Netz gehen. Das Kernkraftwerk in Stade ist bereits abgeschaltet. Gerade jetzt seien Investitionen in neue Kraftwerke deshalb dringend erforderlich, warnt der Präsident des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Michael G. Feist: Denn bis 2020 müssen insgesamt etwa 40000 bis 50000 Megawatt Kraftwerksleistung in Deutschland ersetzt werden, das ist mehr als ein Drittel der installierten Leistung.

Zwar geht selbst das Bundesumweltministerium davon aus, dass bis 2020 fossile Kraftwerke noch mindestens 70 bis 80 Prozent des Stromes werden liefern müssen. Doch Umweltaktivisten rechnen großzügiger: Insbesondere die Uran- und Dreckschleudern, die heute immerhin 72 Prozent des Stroms liefern, sollen am besten sofort weg. In grotesker Überschätzung der Potenziale erneuerbarer Energien wird die baldige Vollversorgung Deutschlands mit Strom aus Windkraftanlagen, Solarzellen und Biomasse gefordert.

Grüne bündeln den Protest

Die Grünen trachten danach, von der neuen Bewegung zu profitieren. Als Anti-Atomkraft-Partei geboren, träumen sie von einem Aufschwung als Anti-Kohle-Partei. Im Düsseldorfer Landtag haben sie vor wenigen Tagen zwei Dutzend Initiativen gegen die Kohleprojekte in Nordrhein-Westfalen zusammengetrommelt. Der energiepolitische Sprecher der Partei, Reiner Priggen, freut sich: Das erinnert mich an früher. Als wir gegen die Müllverbrennungsanlagen gekämpft haben.

Besonders engagiert ist Grünen-Politikerin Bärbel Höhn, ehemalige Umweltministerin von Nordrhein-Westfalen. Wir haben Dutzende Initiativen, mit großem Zulauf. Die werden von uns vertreten, frohlockt sie. Höhn ist ständig auf Achse im Kampf gegen die Kohle. Hanau, Mainz, Hamburg, Lubmin: Fast an jedem geplanten Standort gibt es Initiativen. Ihre Botschaft lautet: Es ist notwendig, alle rechtlichen Mittel gegen den Kraftwerksbau zu nutzen. Um die Betroffenen zu schulen, bietet Höhn im Bundestag ein Fachseminar an, auf dem Rechtsanwälte den Aktivisten juristische Kniffe vermitteln.

Fundamentalopposition bringt Merkel in Rage

Diese Fundamentalopposition bringt die Bundesregierung in eine Zwickmühle: Auf der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen auf Bali, will sich Deutschland als ökologischer Vorreiter präsentieren: Gerade zu diesem Zweck will Merkel am Mittwoch überhaupt noch das umfangreiche Gesetzespaket zur Energie- und Klimapolitik durchs Kabinett bringen. Doch jetzt zwingt die Anti-Kohle-

Bewegung die Bundeskanzlerin zu Hause dazu, auf die ökologische Bremse zu treten, wenn sie den gefährlichen Simultanausstieg aus Atom- und Kohleenergie nicht mitmachen will.

Und das bringt sie in Rage: Wenn wir keine Kohlekraftwerke mehr wollen und zudem keine Atomkraftwerke mehr, dann sehe ich doch erhebliche Probleme für die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland, wettete sie im Bundestag: Die Klimaproblematik entscheidet sich nicht an der Frage, ob in Saarbrücken oder Lubmin ein Kohlekraftwerk entsteht, sondern sie entscheidet sich daran, ob wir international, global zu Reduktionen kommen.

Wochenendausgabe, 01. Dezember 2007 | Ostvorpommern

Industrie darf hoch bauen

Der Zweckverband „Lubminer Heide“ hat den Weg für Industriebauten bis zu einer Höhe von 150 Metern gebnet. Bislang galten 20 m.

Lubmin „Heute haben wir einen gewaltigen Schritt nach vorn gemacht, dass hier wieder Industrie herkommt“, schloss Verbandsvorsteher Wolfgang Woy am Mittwochabend die Versammlung des Zweckverbandes „Lubminer Heide“. „Ich bin mir sicher, dass auch diejenigen, die jetzt so erbittert dagegen sind, uns später einmal dankbar sein werden“, fügte er hinzu. Zuvor hatte der Zweckverband mit den Stimmen der Gemeindevertreter Rubenows und Kröslins sowie der Lubminer CDU-Vertreterin die mittlerweile dritte und vierte Änderung des seit 2004 gültigen Bebauungsplanes für die Industriebranche am ehemaligen Kernkraftwerk Greifswald beschlossen. Die dritte Änderung ermöglicht es, Industrie mit einer Gebäudehöhe bis zu 150 Meter anzusiedeln. Bisher waren nur maximal 20 Meter erlaubt. Das soll sich laut Woy auch anderswo als Hindernis für eine Industrieansiedlung erwiesen haben.

Die vierte Änderung ermöglicht den Bau einer Straße entlang dem Lärmschutzwall. Für diese Straße, (sowie dem Lärmschutzwall, einem Schienenanschluss des Hafens und den geplanten Gasleitungen) werden derzeit die Bäume im Küstenwald gefällt. Fragen von Lubminern, wieso dann das Fällen der Bäume mit der Straße begründet wurde, wo sie doch noch kein Baurecht hatte, wick Woy aus. Für die Rodungen sei der Zweckverband Freesendorf zuständig, jetzt aber tage der Zweckverband „Lubminer Heide“. Der Krösliner Bürgermeister ist der Vorsteher beider Verbände. 291 Bürger (davon 51 aus Lubmin und den anliegenden Gemeinden, aber 113 von Rügen) hatten in der Öffentlichkeitsbeteiligung gegen die Änderungen protestiert, davon 263 in identischen Briefen. Ihre Einwände hatten jedoch nach Ansicht der Planer und ihrer Auftraggeber einen gravierenden Makel. Sie argumentierten gegen den Bau des Steinkohlenkraftwerkes. „Es handelt sich aber um keine vorhabensbezogene Planung. Es ist eine Angebotsplanung, die nicht auf einen konkreten Investor abzielt“, widersprach Planerin Kristiane Dammann-Doench. Beweis dafür sei, dass seitens des Kraftwerksplaners DONG energy kein Auftrag und kein Durchführungsvertrag vorlägen. Einwände gegen das Steinkohlenkraftwerk könnten nur im Genehmigungsverfahren zum Kraftwerk selber vorgebracht werden. Für die Änderung des B-Planes seien sie nicht re-levant. Davon ausgehend wurden alle Einwände nur unter dem Gesichtspunkt behandelt, welche Auswirkungen die Änderung der Bauhöhe haben könnte. So blieb unter dem Strich nur die Befürchtung einer Zerstörung des Landschaftsbildes. Diese Beeinträchtigungen sollen durch hellgraue Anstriche gemindert werden. Dammann-Doench bezweifelte sogar, ob die Beeinträchtigungen tatsächlich so gravierend seien. Schließlich hätten die weithin sichtbaren KKW-Schornsteine auch nicht die Entwicklung des Tourismus verhindert, ebenso wenig wie die Industriebauten im Überseehafen Rostock die Entwicklung des Tourismus in Warnemünde verhindert hätten.

Wochenendausgabe, 01. Dezember 2007 | Titelseite Rügen

Geplantes Kraftwerk in der Diskussion

Bergen Der Konflikt um die Genehmigung eines Steinkohlekraftwerkes am Greifswalder Bodden bei Lubmin geht in die nächste Runde. Mitte des Monats endete das erste von insgesamt vier öffentlichen Anhörungsverfahren (die OZ berichtete). 267 Bürger und so genannte „Träger öffentlicher Belange“ hatten von ihrem Recht Gebrauch gemacht, Einwendungen gegen die Änderung des Bebauungsplanes zu erheben. Nun läuft – noch bis zum 6. Dezember – das Verfahren nach dem Bundesimmissionschutzgesetz. Erörterungstermin hierfür ist der 18. Dezember ab 10 Uhr im Maritimen Jugenddorf Wieck in Greifswald. Wie im ersten Verfahren auch stellt dafür eine Bürgerinitiative Muster-Einwendungen zur Verfügung, welche unter www.kein-kohlekraftwerk-lubmin.de aus dem Internet geladen werden können.

Vor dem Hintergrund des angestrebten Kraftwerkbaus ist für den kommenden Montag um 19 Uhr im Bergener Sana-Krankenhaus eine Diskussions- und Informationsveranstaltung geplant. Teilnehmen werden neben Landrätin

Kerstin Kassner und dem Lubminer Bürgermeister Klaus Kühnemann auch Vertreter des Tourismusverbandes, dem Verein Gesundheitsinsel Rügen sowie von Umweltorganisationen. U. D.

Freitag, 30. November 2007 | Hansestadt Greifswald

Ex-Landtagspräsident fordert Volksbefragung zum Kraftwerk

Der geplante Bau des Steinkohlekraftwerkes in Lubmin bewegt die Menschen der Region derzeit mehr als jedes andere politische Thema. Ex-Landtagspräsident Hinrich Kuessner (SPD) aus Greifswald fordert deshalb nun eine große Bürgerbefragung in weiten Teilen Vorpommerns, die über das Projekt entscheiden soll.

Greifswald Er habe politisch keine Ambitionen mehr. Deshalb sei er in der schönen Lage, immer frei heraus seine Meinung sagen zu können, hat Hinrich Kuessner (SPD) vor einiger Zeit in einem Gespräch mit der OZ festgestellt. Jetzt nutzt der ehemalige Landtagspräsident und stellvertretende Landesvater diese Freiheit und macht unabhängig von Partei-Interessen einen Vorschlag, der die Diskussion um das geplante Steinkohlekraftwerk nach vorn bringen soll. „Der beste Weg ist eine groß angelegte Volksbefragung in allen Teilen Vorpommerns, die von diesem Projekt betroffen sind. Also in Greifswald, Lubmin, Rügen, Usedom und den Landkreisen“, betont der 64-Jährige gegenüber unserer Zeitung.

Seine Idee hat er auch dem Landesvorstand seiner SPD kundgetan. In einem offenen Brief, in dem er keinen Hehl daraus macht, dass er persönlich aus Umweltschutzgründen gegen die Ansiedlung des Meilers ist. Kuessner fordert seine Genossen auf, Politik zu machen, „die nah am Menschen“ ist. Es dürfe nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden werden, die nach Einschätzung des Ex-Sozialministers in Vorpommern mehrheitlich gegen das Vorhaben des Investors Dong seien. Kuessner verweist auf eine Volksbefragung im Saarland, bei der Bürger ein Steinkohlekraftwerk mit klarer Mehrheit abgelehnt und das 2,3 Milliarden-Projekt des Konzerns RWE vorerst gestoppt hatten. Der Energieriese hatte zuvor angekündigt, sich dem Votum der Menschen zu beugen. Auf eine ähnliche Einsicht hofft Kuessner auch bei Dong: „Sie sollten es akzeptieren, wenn ein großer Teil der Bevölkerung den Meiler hier nicht will“, meint der Politiker.

Natürlich sei ein solches Votum rechtlich nicht bindend, räumt Kuessner ein. Es könne aber auch Entscheidungen im laufenden Genehmigungsverfahren beeinflussen, bei dem es immer auch um Bewertungen von Menschen gehe. Der Greifswalder fordert vom SPD-Landesvorstand nun durchzuspielen, wie eine so groß angelegte Volksbefragung organisiert werden kann. Von Dong war gestern noch keine Stellungnahme zu Kuessners Idee zu bekommen.

Freitag, 30. November 2007 | Ostvorpommern

Kraftwerk beschäftigte Gerichte

Lubmin strebte einst- weilige Verfügung gegen den Zweckverband „Lubminer Heide“ an. Das Verwaltungsgericht Greifswald lehnte dies ab.

Lubmin Das Hamburger Anwaltsbüro Günther, Heidel und Partner hatte namens der Gemeinde Lubmin eine einstweilige Anordnung erwirken wollen, die dem Zweckverband „Lubminer Heide“ verbieten sollte, Änderungen seines B-Planes zu beschließen. Den Auftrag dazu hatte die Sozietät vom Lubminer Bürgermeister Dr. Klaus Kühnemann erhalten. „Auf Grund der Fristen zur Einberufung einer Sitzung der Gemeindevertretung war ich berechtigt, zur Durchsetzung eines Beschlusses der Gemeindevertretung zu handeln“, begründete er sein Vorpreschen, das am Dienstag auf einer Sondersitzung des Gemeinderates mit sieben (Wählergemeinschaft + PDS) zu sechs Stimmen (CDU + SPD) gebilligt wurde.

Der Lubminer Gemeinderat hatte Ende September einstimmig (bei Abwesenheit von CDU und SPD) den Austritt aus dem Zweckverband „Lubminer Heide“ zum 31.12. beschlossen. Gleichzeitig hatte er die Erwartung formuliert, dass der Zweckverband bis zur Feststellung der Rechtskraft des Austritts keine Beschlüsse fasst, die die Interessen Lubmins betreffen. Dabei ging es vor allem um Änderungen des B-Planes Nr. 1 dessen Geltungsbereich zu 95 Prozent auf Lubminer Territorium liegt. Als der Zweckverband jedoch für den 28. November einlud, um den B-Plan so zu ändern, dass Baurecht für DONG besteht, sah sich Kühnemann in der Verantwortung zu handeln. Die Anwälte forderten den Zweckverband auf, einen solchen Beschluss zu unterlassen. Da das aber abgelehnt wurde, sollte das ersatzweise die einstweilige Verfügung bewirken.

„Stellen Sie sich vor, Sie kündigen einen Vertrag und Ihr Vertragspartner bedient sich noch schnell daraus. Ein solches Verhalten ist zumindest moralisch verwerflich und meines Erachtens auch rechtswidrig“, begründete die Anwältin Dr. Roda Verheyen den Antrag.

Die Verwaltungsrichter sahen jedoch keine rechtliche Handhabe, die Beschlussfassung zu verbieten. Die sofortige Beschwerde dagegen lehnte das Obergericht noch am Mittwoch ab. Eine Begründung liegt noch nicht

vor. Die Zweckverbandsversammlung begnügte sich mit der Mitteilung des Urteils und beschloss mit den Stimmen von Rubenow und Kröslin sowie der Lubminer CDU-Vertreterin die Änderung des B-Planes. Damit hat DONG Energy aber immer noch keine Gewissheit. Ein jahrelanger Rechtsstreit zwischen drei Gemeinden des Amtes Lubmin scheint programmiert. Denn wenn Lubmin die hoheitlichen Rechte über das B-Plangebiet wieder selber ausübt, könnte die Gemeinde wieder dagegen beschließen.

Freitag, 30. November 2007 | Insel Usedom links

Ruf nach Volksbefragung stößt in Wolgast auf geteiltes Echo

Wolgast/Lubmin (SPD) Ist eine Volksbefragung ein geeignetes Mittel für oder gegen die Entscheidung zum umstrittenen Bau eines Steinkohlekraftwerkes bei Lubmin? Der Greifswalder SPD-Politiker Hinrich Kuessner brachte eine solche Volksbefragung gestern ins Spiel. OZ fragte Wolgaster Lokalpolitiker nach ihrer Meinung.

Reinhardt Plüchhahn (Wählergemeinschaft/FDP): „Mit einer Volksbefragung hätte ich so meine Bauchschmerzen, da große Teile der Bevölkerung über das Projekt unzureichend aufgeklärt sind. Es würde zu einer Entscheidung aus dem hohlen Bauch heraus kommen. Wir brauchen ein Kraftwerk, bei dessen Bau und Betrieb die geltenden gesetzlichen Regelungen eingehalten werden. Die Synergieeffekte für unsere Region wären enorm.“

Gisela Kretschmer (Vizebürgermeisterin): „Ich habe nichts gegen eine Volksbefragung. Sie ist in diesem Fall durchaus sinnvoll, da es sich um eine gravierende Baumaßnahme für viele handelt.“

Stefan Weigler (Fraktion Die Linke): „Natürlich soll jeder seine Meinung sagen; dafür leben wir in einer Demokratie. Für mich stellt sich beim Thema Volksbefragung jedoch die Frage, wer am Ende entscheidet, ob das Kraftwerk gebaut wird oder nicht. Welchen Einfluss hätte eine Volksbefragung denn?“

Günter Lanz (CDU): „Volksbefragung hin oder her. Es müssen die Leute befragt werden, die sachlich und fachlich kompetent sind, ein Urteil zu fällen. Ich bin für den Bau des Kraftwerkes, wenn es sauber und ordentlich gebaut wird und alle gesetzlich vorgeschriebenen Parameter erfüllt.“

Hans-Joachim Braun : „Ich befürworte eine Volksbefragung, wenn sie hilft. Man sollte alle Möglichkeiten ausschöpfen, um eine gerechte, reale Entscheidung zu bekommen. Persönlich bin ich gegen den Bau des Kraftwerkes, da der Betrieb mit einer enormen Schadstoffemission verbunden ist. Es widerspricht sich auch, wenn Deutschland einerseits Vorreiter auf diesem Gebiet sein will, andererseits aber solche Anlagen von Politikern unterschiedlicher Parteien befürwortet werden.“ T. S.